



# Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2023

## Einzelplan 03





## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Überblick über den Einzelplan 03</b>	<b>2</b>
<b>1 Einnahmen</b>	<b>3</b>
<b>2 Ausgaben</b>	<b>5</b>
2.1 Gesamtausgaben	5
2.2 Personalausgaben	7
2.3 Sachausgaben	8
<b>3 Personalhaushalt</b>	<b>10</b>
3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben	10
3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen	10
3.3 kw-Vermerke	11
3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	13
<b>II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln</b>	<b>15</b>
03 010 Ministerium	16
03 020 Allgemeine Bewilligungen	19
03 110 Polizei	20
03 130 Deutsche Hochschule der Polizei	24
03 310 Fünf Bezirksregierungen	26
03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW	29
03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW	32
03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	34
03 750 Institut der Feuerwehr NRW	35
03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	37
03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Rich- ter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	38
03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	39

**I.**

**Überblick  
über den  
Einzelplan 03**

**Der vorliegende Erläuterungsband bezieht sich auf den Entwurf des Haushaltsplans 2023<sup>1</sup>.**

## **1 Einnahmen**

Die Gesamteinnahmen steigen gegenüber dem Vorjahreshaushalt<sup>2</sup> um 0,73 Mio. EUR auf nunmehr **190,35 Mio. EUR**.

Es steigen die Erstattungen für die Zentrale Stelle nach § 26 Abs. 6 Pflegeberufegesetz (+1,0 Mio. EUR, Kap. 03 310) und die Einnahmen aus Fiskuserbschaften (+1,0 Mio. EUR, Kap. 03 310).

Des Weiteren erhöhen sich die Einnahmen der DHPol aufgrund von Erstattungen des Bundes (+0,17 Mio. EUR, Kap. 03 130) und der Länder (+0,64 Mio. EUR, Kap. 03 130) für Verwaltungsausgaben.

Es verringern sich die Zuweisungen des Bundes (-0,78 Mio. EUR, Kap. 03 130), der Europäischen Union (-0,13 Mio. EUR, Kap. 03 130) und die Beiträge Dritter (-0,2 Mio. EUR, Kap. 03 130) für die Finanzierung von Forschungsvorhaben der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol).

Zudem werden in Kap. 03 810 die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen an die voraussichtliche Ist-Entwicklung angepasst (-1 Mio. EUR).

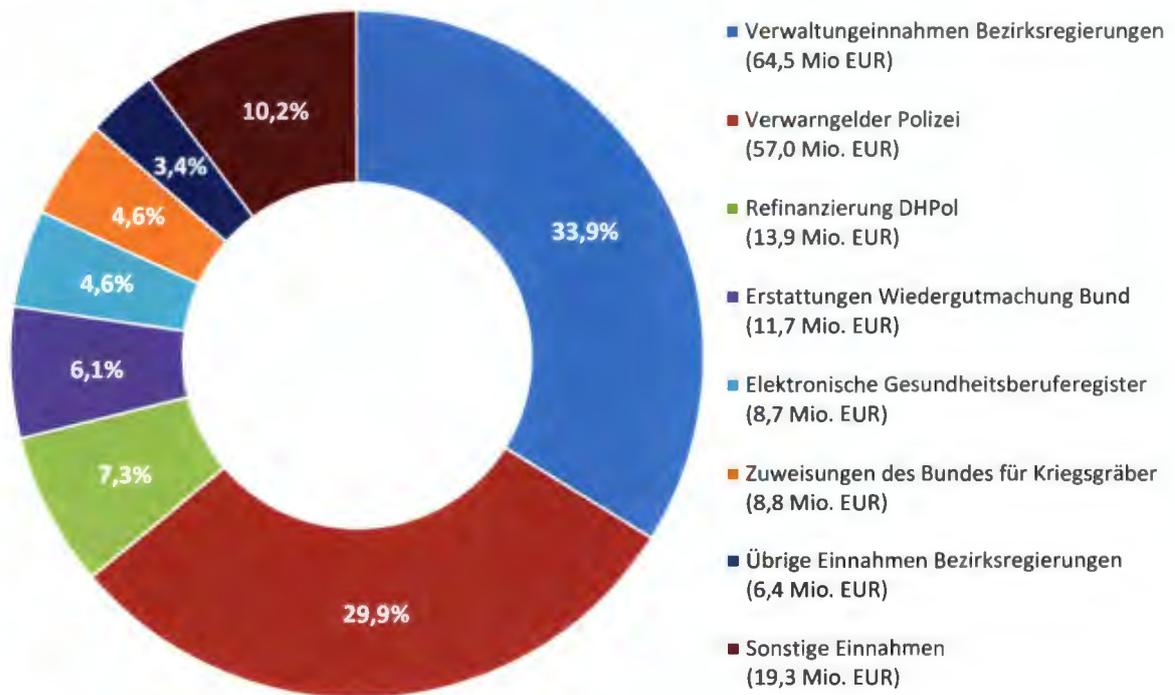
Die übrigen Einnahmen bewegen sich in etwa auf dem Vorjahresniveau.

---

<sup>1</sup> Die Einnahmen und Ausgaben sind auf ein oder zwei Stellen hinter dem Komma gerundet.

<sup>2</sup> Hier: Haushalt 2022 und Nachtrag

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die **Einnahmenstruktur des Einzelplans (190,35 Mio. EUR)**:



## 2 Ausgaben

### 2.1 Gesamtausgaben

Das Ausgabevolumen 2023 beträgt **7.025,66 Mio. EUR**, wobei sich die Ansätze der Ausgaben im Einzelplan gegenüber dem Vorjahr um 278,49 Mio. EUR erhöhen.

<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2023</b> Mio. EUR	<b>2022<sup>3</sup></b> Mio. EUR	<b>+/-</b>	<b>+/-</b> in v.H.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>7.025,66</b>	<b>6.747,17</b>	<b>+278,49</b>	<b>4,13</b>
• Personalausgaben	5.480,54	5.311,78	+ 168,76	3,18
• Sächliche Verwaltungsausgaben	1.020,54	941,93	+ 78,61	8,35
• Zuweisungen und Zuschüsse	121,19	131,45	- 10,26	- 7,81
• Baumaßnahmen und Investitionen	440,62	399,51	+ 41,11	10,29
• Besondere Finanzierungsausgaben	-37,24	-37,50	+ 0,27	0,72

Die Personalausgaben (siehe Nr. 2.2) steigen um 168,76 Mio. EUR (+3,18 Prozent).

Die Ausgaben für die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) steigen u.a. aufgrund höherer Ausgaben für Mieten und Pachten der Gebäude sowie geplanter Ausgaben für die technischen Ausstattungen der Bezirksregierungen und der Polizei um 78,61 Mio. EUR (+8,35 Prozent).

Die Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 6) sinken um 10,26 Mio. EUR (-7,81 Prozent), vor allem da die Kostenerstattung an die Gemeinden für die Durchführung der Landtagswahl 2022 (-20,0 Mio. EUR) in 2023 entfällt.

Die Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8) erhöhen sich um 41,11 Mio. EUR (+10,29 Prozent). Dies ist u.a. auf Beschaffungen der Polizei (+19,1 Mio. EUR), den Erwerb von Landesfahrzeugen für die kommunalen Feuerwehren und den Katastrophenschutz (+13 Mio. EUR), die Neu- und Umbaukosten des IdF (+1,8 Mio. EUR) und für das dezentrale Trainingsgelände für Feuerwehren NRW (+1,6 Mio. EUR) zurückzuführen.

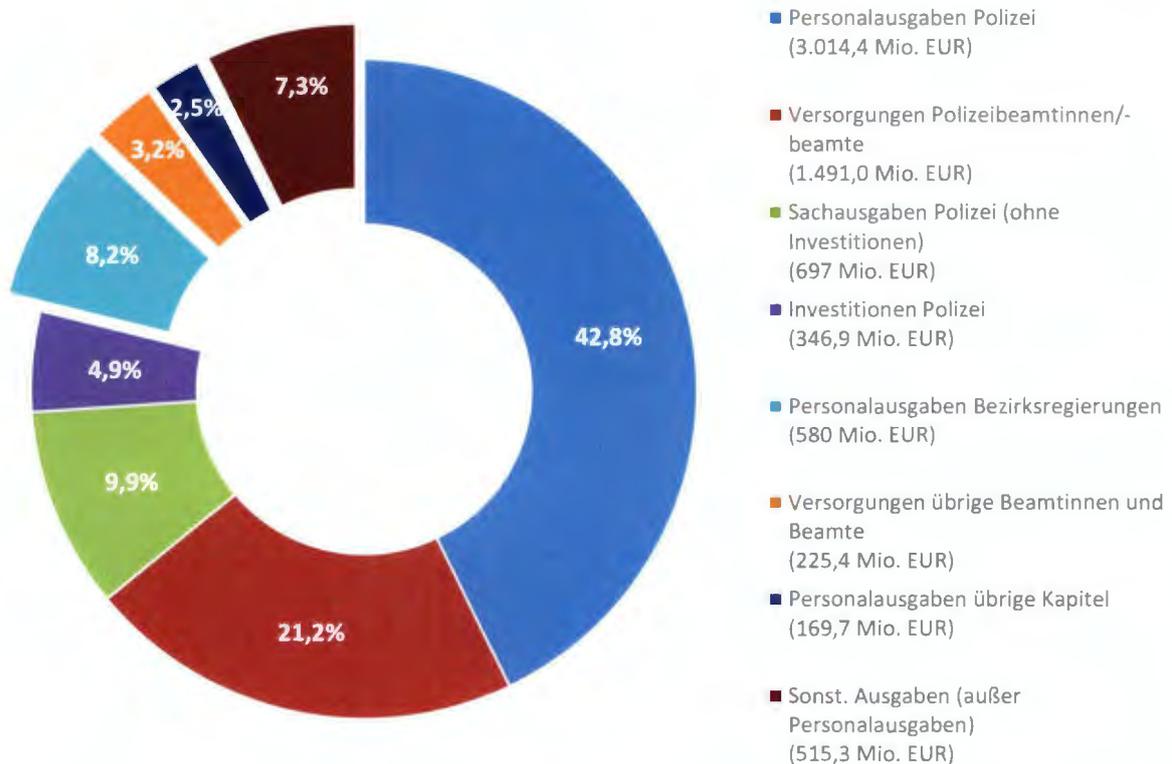
Zur generellen Stärkung und im Zuge der gestiegenen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes werden zusätzliche Mittel (+6,3 Mio. EUR) insbesondere für die Beteiligung des Landes an dem gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz des Bundes und der Länder (GeKoB) und für die Landeszuschüsse an die privaten Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt.

Die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9) bleiben nahezu unverändert.

<sup>3</sup> Hier: Ausgabensoll 2022 inklusive Verlagerungen

Im Einzelplan 03 ist im Haushalt 2023 eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,75 Mio. EUR zu erbringen.

Die nachstehende Grafik zeigt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur des Einzelplans (7.025,66 Mio. EUR)**:



Der größte Anteil entfällt auf die Ausgaben für die Polizei. Die Personalausgaben der Polizei machen insgesamt ca. 43 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans aus. Gemeinsam mit den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte der Polizei (21,5 Prozent), den Sachausgaben (9,9 Prozent) und den Ausgaben für Investitionen (5,0 Prozent) sind der Polizei unmittelbar etwa 78 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans zuzurechnen. Hinzu kommen mittelbar Ausgaben für Investitions-, Sach- und Personalmittel im Bereich der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV), die als Ausbildungsinstitut u.a. für Kommissaranwärterinnen und -anwärter einen maßgeblichen Anteil ihrer Ausgaben für die Ausbildung des Polizeinachwuchses einsetzt, sowie der vom Land NRW zu tragende Anteil an den Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei.

Bei den übrigen Ausgabenblöcken des Einzelplans fallen insbesondere die Personalausgaben der Bezirksregierungen mit etwa acht Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans ins Gewicht. Die Versorgungsausgaben für die übrigen Beamtinnen und Beamten belaufen sich auf ungefähr drei Prozent, die Personalausgaben der übrigen Kapitel auf ca. zwei Prozent und die sonstigen Ausgaben aller übrigen Kapitel zusammen auf etwa sieben Prozent der Gesamtausgaben.

## 2.2 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind 168,77 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

<b>Personalhaushalt</b>	<b>2023</b> Mio. EUR	<b>Anteil</b> in v.H.	<b>2022</b> Mio. EUR	<b>+/-</b>	<b>+/-</b> in v.H.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>5.480,55</b>	<b>100,00</b>	<b>5.311,78</b>	<b>+ 168,77</b>	<b>+ 3,18</b>
• Polizei	3.014,41	55,00	2.956,09	+ 58,32	+ 1,97
• Versorgung	1.716,44	31,32	1.643,63	+72,81	+ 4,43
• Bezirksregierungen	579,98	10,58	547,95	+ 32,03	+ 5,85
• Ministerium	87,35	1,60	83,39	+ 3,96	+ 4,75
• HSPV	53,41	0,97	52,42	+ 0,99	+ 1,89
• Feuerschutz und IdF	12,46	0,23	11,64	+ 0,82	+ 7,04
• DHPol	11,45	0,21	11,63	- 0,18	- 1,55
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	5,05	0,09	5,03	+ 0,02	+ 0,40

Die Personalausgaben nahezu aller Kapitel (bis auf Kap. 03 130) des Einzelplans steigen an. Die größte prozentuale Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren die Ausgaben für das IdF u.a. durch die Aufstockung der Planstellen und Stellen (s. u. Erläuterungen zu Kapitel 03 750). Die größte Steigerung in absoluten Zahlen wird bei den Ausgaben für die Versorgung (Kap. 03 900) vollzogen. Maßgebliche Positionen im Personalhaushalt der Polizei sind 100 weitere neu eingerichtete Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes, 934 neue Planstellen für die Übernahme geprüfter Kommissarinnen und Kommissare sowie 3000 Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter.

## 2.3 Sachausgaben<sup>4</sup>

<b>Sachhaushalt</b>	<b>2023</b> Mio. EUR	<b>Anteil</b> in v.H.	<b>2022</b> Mio. EUR	<b>+/-</b>	<b>+/-</b> in v.H.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>1.545,11</b>	<b>100,0</b>	<b>1.435,39</b>	<b>+109,72</b>	<b>7,64</b>
• Polizei	1.043,88	67,56	938,18	+105,70	11,27
• Bezirksregierungen	221,55	14,34	202,33	+19,22	9,50
• Ministerium	107,19	6,93	128,17	-20,98	- 16,37
• Feuerschutz und IdF	99,91	6,47	97,76	+2,15	2,20
• Wiedergutmachung	28,75	1,86	31,77	-3,02	- 9,51
• HSPV	36,59	2,37	33,35	+3,24	9,72
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	17,16	1,11	15,12	+2,04	13,49
• Allgemeine Bewilligungen <sup>5</sup>	9,44	0,61	9,44	0,00	0,00
• Versorgung	16,86	1,09	15,54	+1,32	8,49
• DHPol	6,53	0,42	6,48	+0,05	0,77
• Globale Minderausgabe	- 42,75	- 2,76	- 42,75	+0,00	0,00

Im Kapitel des Ministeriums sinken die Ausgaben. Dies ist im Wesentlichen auf den Wegfall der Erstattungen für die Durchführung der Landtagswahl (-20,0 Mio. EUR) zurückzuführen.

Es kommen jedoch neue Kosten für die Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (+3,5 Mio. EUR) nach Auslaufen der Bundesfinanzierung sowie im Bereich des Katastrophenschutzes (+6,2 Mio. EUR) hinzu.

Bei den Bezirksregierungen steigen neben den Ansätzen zur Abdeckung von Mehrausgaben für die Energiekosten, die Ansätze für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens und der Grundstücksermittlung (+5,8 Mio. EUR). Zudem steigen die Ausgaben für Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (+0,87 Mio. EUR) und für Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (+1,12 Mio. EUR).

Die Mietindexsteigerung führt bei den Aus- und Fortbildungseinrichtungen zu einer weiteren Erhöhung bei Titel 518 60 - Mieten und Pachten etc. (+0,19 Mio. EUR).

Bei den Sachausgaben in den Versorgungskapiteln wurden die Ansätze für die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Im Kapitel Feuerschutz- und Hilfeleistung steigen die Ansätze für die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung um 5,3 Mio. EUR. Die Ansätze für die Aufklärung im Feuer- und Katastrophenschutz erhöhen sich

<sup>4</sup> „Sachausgaben“ umfassen sämtliche Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 9. Bei den einzelnen Werten wurde auf die jeweils letzte angegebene Nachkommastelle auf- bzw. abgerundet.

<sup>5</sup> Ohne Globale Minderausgabe

um 3,35 Mio. EUR. Dagegen ist im Haushaltsjahr 2023 kein Ansatz für Landeszuschüsse an die privaten Hilfsorganisationen vorgesehen (- 4,2 Mio. EUR), da diese mit dem Haushalt 2023 in die dort eigens für den Katastrophenschutz eingerichtete Titelgruppe 84 des Ministerkapitels, verlagert werden.

Die Steigerung der konsumtiven Sachausgaben (Hauptgruppe 5) beim IdF ist insbesondere auf die Erhöhung der Ansätze für Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (+1,14 Mio. EUR) und deren Bewirtschaftung (+1,4 Mio. EUR) zurückzuführen.

### 3 Personalhaushalt

#### 3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben

##### Ausgaben für aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten (Hauptgruppe 4 abzüglich Versorgungskapitel) ergeben sich per Saldo um 95,98 Mio. EUR erhöhte Ansätze.

##### Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Die Ansätze für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind auf Basis der Ausgaben der Vergangenheit sowie steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Ministeriums der Finanzen berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.716,44 Mio. EUR um 72,80 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

#### 3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen

##### Stellenbestand

Gegenüber dem Haushalt 2022 stehen mit 64.043 per Saldo 532 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **1.113** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht, denen
- **581 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Umsetzung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

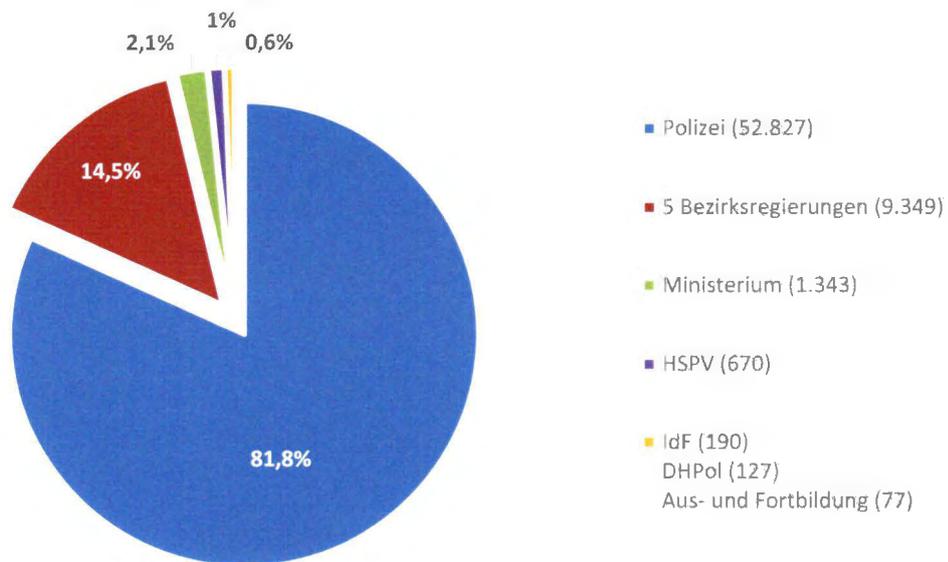
Planstellen und Stellen	2023	2022	Saldo	davon mit kw-Befrachtung	Neu
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>64.043</b>	<b>63.511</b>	<b>+ 532</b>	<b>1.803</b>	<b>1.113</b>
• Polizei	52.287	51.829	+ 458	1.227	1.034
• Bezirksregierungen	9.349	9.340	+ 9	463	10
• Ministerium	1.343	1.292	+ 51	111	57
• HSPV	670	668	+ 2	-	-
• IdF	190	182	+ 8	1	8
• DHPol	127	123	+ 4	1	4
• Aus- und Fortbildung	77	77	-	-	-

## Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind 1.113 **neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Die Zuordnung der Planstellen und Stellen zu den einzelnen Kapiteln des Einzelplans ist in den jeweiligen Abschnitten in Teil II des Erläuterungsbands dargelegt.

## Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:



## 3.3 Kw-Vermerke

### Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der kw-Vermerke insgesamt von 1.678 um 125 auf 1.803 gestiegen. Hierbei sind 586 kw-Vermerke realisiert und 711 kw-Vermerke neu ausgebracht worden.

Die kw-Vermerke zur Umsetzung des EGovG NRW in den Kapiteln des Ministeriums, der Bezirksregierungen und der Polizei werden einheitlich um ein Jahr, zum 31.12.2024, verlängert.

Es ergeben sich im Einzelnen folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kw-Vermerke	2023	2022	Reali- siert	Umge- setzt	Ge- strichen	Neu	Saldo
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>1.803</b>	<b>1.678</b>	<b>-586</b>	-	-	<b>711</b>	<b>+125</b>
• Polizei	1.227	1.122	-578	2	-	681	+105
• Bezirksregierungen	463	465	-2	-	-	-	-2
• Ministerium	111	89	-6	-2	-	30	+22
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-
• IdF	1	1	-	-	-	-	-

Bei der Polizei sind 681 Planstellen zur Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren neu etatisiert und mit Fälligkeit zum 31.12.2023 kw gestellt. 578 Planstellen und Stellen entfallen durch die Realisierung von kw-Vermerken.

Im Kapitel der Bezirksregierungen entfallen insgesamt 2 (Plan-)Stellen durch die Realisierung von kw-Vermerken. Es handelt sich hierbei um eine Planstelle für das Förderprogramm „Progres NRW“ (Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen - Programmbereich Klimaschutztechnik“ bei der Bezirksregierung Arnsberg) und um eine Stelle für die Maßnahme „Qualifizierung von Schwerbehinderten Menschen LQ 21“.

Im Ministerium entfallen insgesamt 6 Stellen durch die Realisierung von kw-Vermerken. Hierbei handelt es sich um 5 Stellen von Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme, die nunmehr auf Stellen der jeweiligen Verwaltung geführt werden und eine Stelle für die Einführung der E-Personalakte.

### Fälligkeiten der kw-Vermerke

Die nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten der kw-Vermerke gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	unter Vorbe- halt	Perso- nenge- bun- den	2023	2024	2025	2026	2027	2028 ff.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>1.803</b>	<b>37</b>	<b>14</b>	<b>737</b>	<b>588</b>	<b>37</b>	<b>340</b>	<b>50</b>	-
• Ministerium	111	-	-	3	30	16	32	30	-
• Polizei	1.227	-	14	692	513	8	-	-	-
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-	-	-
• Bezirksregierungen	463	36	-	42	45	13	307	20	-
• IdF	1	-	-	-	-	-	1	-	-

### 3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die Einstellungsermächtigungen und Planstellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Polizei, Allgemeiner Verwaltungsdienst und spezielle Laufbahnen) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehende Gesamtübersicht veranschaulicht die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

<b>Kapitel</b>	<b>Einstellungsermächtigungen</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>
<b>Einzelplan</b>		<b>3.933</b>	<b>3.849</b>
● 03 010	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	2	2
● 03 110	Kommissaranwärterinnen und -anwärter	3.000	3.000
● 03 110	Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter in der Polizei	69	69
● 03 110	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	26	26
● 03 310	Verwaltungsreferendarinnen und -referendare	20	20
● 03 310	Regierungsvermessungsreferendarinnen und -referendare	54	59
● 03 310	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	24	31
● 03 310	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	41	16
● 03 310	Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter	340	307
● 03 310	Vollzugsoberssekretäranwärterinnen und -anwärter	6	5
● 03 310	Regierungssekretäranwärterinnen und -anwärter	68	52
● 03 310, TG 70	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	31	28
● 03 310, TG 71	Umweltreferendarinnen und -referendare	24	20
● 03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	66	32
● 03 310, TG 72	Referendarinnen und Referendare der Landespflege	6	6
● 03 310, TG 74	Gewerbereferendarinnen und -referendare	15	20
● 03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	70	100
● 03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwärterinnen und -anwärter	45	30
● 03 310, TG 75	Bergreferendarinnen und -referendare	8	8
● 03 320	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	1	1
● 03 350	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	1	1
● 03 750	Brandreferendarinnen und -referendare	8	8
● 03 750	Brandoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	8	8

TG 70: Agrarverwaltung; TG 71: Umweltverwaltung; TG 72: Naturschutzverwaltung; TG 74: Arbeitsschutz; TG 75: Bergverwaltung.

Mit den Einstellungsermächtigungen für 3.000 Kommissaranwärterinnen -und anwärter und für 69 Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter wird die personelle Stärkung der Polizei konsequent fortgesetzt. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Sicherheitslage und der weiterhin zahlreichen Herausforderungen an die Polizeiarbeit, wie u.a. die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und die Stärkung der Cybersicherheit. Daneben soll den in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierungen entgegen gewirkt werden.

Landesweit werden insgesamt 54 Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter ausgebildet, davon

- 26 bei der Polizei
- 24 bei den Bezirksregierungen
- 2 im Ministerium
- 1 bei der Fortbildungsakademie des IM
- 1 bei der HSPV

Im Haushalt 2023 werden 340 Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter bei den Bezirksregierungen etatisiert. Die Anzahl der bei der Polizei auszubildenden Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter bleibt bei 69, um die weiterhin hohen Bedarfe in den Behörden zu decken.

Die Zahl der Umweltreferendarinnen und -referendare steigt um vier auf 24, der Gewerbeferendarinnen und -referendare sinkt um fünf auf 15. Die Einstellungsermächtigungen für die Gewerbeoberinspektoranwärterinnen und -anwärter sinken entsprechend der aktuellen Bedarfe um 30 auf 70 und bei den Gewerbeobersekretäranwärterinnen und -anwärtern steigt die Zahl von 30 auf 45.

Die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) beträgt insgesamt 356. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: fünf im Ministerialkapitel, 110 bei der Polizei, 222 bei den Bezirksregierungen, davon 36 in der Titelgruppe 70 – Agrarverwaltung, fünf beim Institut für öffentliche Verwaltung, 10 bei der HSPV und vier beim IdF.

**II.**

**Stellenpläne, Einnahmen und  
Ausgaben nach Kapiteln**

## Kapitel 03 010 Ministerium

### Stellenplan

	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	986	275	666	45	0	963	+23
Stellen	357	8	96	230	23	329	+28
<b>Gesamt</b>	<b>1.343</b>	<b>283</b>	<b>762</b>	<b>275</b>	<b>23</b>	<b>1.292</b>	<b>+51</b>

<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	8	-	-	-	-	6	+2
<i>Auszubildende</i>	5	-	-	-	-	5	-

Im Ministerium werden 25 neue Planstellen und 31 neue Stellen geschaffen. Die neu eingerichteten Planstellen und Stellen sind für folgende Fachbereiche vorgesehen:

- 15 Planstellen für die neue Zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz
- 6 Planstellen für die Überwachungstätigkeiten nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 (GlüStV)
- 2 Planstellen zur Stärkung der Kriminalprävention und zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder
- 1 Verlagerung einer Planstelle für die Ressortübergreifende Normprüfstelle aus Einzelplan 04 (Justiz)
- 1 Umsetzung einer Planstelle aus Kapitel 03 110
- 30 Stellen für die Qualifizierungsklasse (LQ 26)
- 1 Stelle aus der Rückverlagerung aus Kapitel 03 110

Eine Planstellenumsetzung "Informationssicherheit" nach Kapitel 03 310 im Haushaltsvollzug verringert die Planstellenanzahl.

30 neue Stellen sind zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten mit kw-Vermerk zum 31.12.2027 eingerichtet. Diese Stellen werden den aufnehmenden Behörden/Einrichtungen längstens bis zum 31.12.2027 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab dem 01.01.2028 sind die Angestellten dann auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

Die Realisierung von fünf kw-Vermerken im Bereich der Landesqualifizierung (LG 21) und die Umsetzung von zwei Stellen für Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen (LQ 24) in andere Kapitel bzw. Einzelpläne verringern das Stellen-Soll.

## Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>16.364.000</b>	<b>16.533.900</b>	<b>-169.900</b>	<b>-1,02</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>194.532.900</b>	<b>211.559.400</b>	<b>-17.026.500</b>	<b>-8,04</b>
• Personalausgaben	87.345.100	83.392.500	+3.952.600	+4,74
• Sachausgaben	107.187.800	128.166.900	-20.979.100	-16,37

## Einnahmen

Die Einnahmen verringern sich im Wesentlichen aufgrund der Anpassung der Länderbeiträge für die Erlaubnisverfahren nach § 9 a GlückStV (-0,3 Mio. EUR). Dem gegenüber stehen nur geringe Mehreinnahmen (+0,13 Mio. EUR) zum Beispiel für die anteilige Erstattung der Personal- und Reisekosten für die Personalbereitstellung des Landes NRW für das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz des Bundes und der Länder (GeKoB) und für die Durchführung der Europawahl 2024.

## Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen, die Erhöhung der Arbeitgeberanteile sowie die Indexierung der Beihilfe- und der Fürsorgeleistungen.

## Sachhaushalt

Im Saldo sinken die Sachausgaben um ca. 20,9 Mio. EUR. Die Absenkung ergibt sich vor allem aus der Absenkung der Mittel für die Landtagswahl 2022 (-20 Mio. EUR) sowie den Absenkungen in allgemeinen Bereichen zur Anpassung an tatsächliche Bedarfe und zur Verlagerung in andere Bereiche.

Neue Mittel sind für die Aufwendungen nach dem Online Zugangsgesetz (OZG) nach dem Auslaufen der Finanzierung durch den Bund (+3,5 Mio. EUR), die Erhöhung und Veranschlagung der Landeszuschüsse an die privaten Hilfsorganisationen für Wasserrettungszüge und Einsatzeinheiten im Katastrophenschutz (+4,8 Mio. EUR) und die Etatisierung der Kosten für das Projekt „Childhood House“ (+1,49 Mio. EUR) bereitgestellt worden.

Die Titelgruppe 84 Katastrophenschutz wurde um die notwendigen Einnahme- und Ausgabebetitel zur Beteiligung des Landes am GeKoB erweitert. Zur generellen Stärkung und im Zuge der gestiegenen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes werden künftig die Landeszuschüsse an die privaten Hilfsorganisationen für Wasserrettungszüge und Einsatzeinheiten gem. § 51 Abs. 2 BHKG i.V.m. der Förderrichtlinie über die Mitwirkung privater Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz (Dotationen) erhöht und über die Titelgruppe 84 bereitgestellt.

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs für Verwaltungsleistungen (Online-Zugangsgesetz - OZG) verpflichtet das Land, sämtliche Verwaltungsleistungen elektronisch bzw. digital über Portale anzubieten. Die Finanzierung durch den Bund endet zum 31.12.2022. Im neu eingerichteten Titel 547 20 sind die notwendigen Ausgabemittel für die Anschlussfinanzierung zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) im Geschäftsbereich (Wahlen, Beglaubigungen, Verkehrswertgutachten, waffenrechtliche Erlaubnisse) bereitgestellt.

Im Rahmen des Projektes „Childhood House“ soll neben der in Düsseldorf bestehenden Einrichtung in 2023 und 2024 jeweils ein weiteres „Childhood-Haus errichtet werden. Die Errichtungskosten und die laufenden Betriebskosten werden in der Titelgruppe 83 veranschlagt.

Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen gegenüber 2022:

- Veranschlagung der Ausgaben für das Online Zugangsgesetz (OZG) (+3,5 Mio. EUR)
- Erhöhung und Veranschlagung der Landeszuschüsse für Hilfsorganisationen in der Titelgruppe „Katastrophenschutz“ (+4,8 Mio. EUR); hierbei kapitelinterne Gegenfinanzierung (2,4 Mio. EUR).
- Zuweisungen für die Beteiligung an GeKoB (+1,4 Mio. EUR)
- Ausgaben im Bereich der Beteiligung des Landes an der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder (+1,17 Mio. EUR)
- Kosten für die Durchführung der Landtagswahl 2022 (-20,0 Mio. EUR)
- Anpassung an Bedarfs-/Ausgabenniveau im allgemeinen Geschäftsbedarf (-2,58 Mio. EUR)
- Anpassung an Bedarfsniveau im Bereich Investitionen (-1,85 Mio. EUR)
- Absenkung im Bereich Gesundheitsmanagement (-0,87 Mio. EUR) nach Wegfall der einmaligen Bereitstellung in 2022 für die Landeskoordinierung Betriebliches Gesundheitsmanagement
- die Mittelveranschlagung für das Projekt „Childhood House“ i.H.v. 1,49 Mio. EUR reduziert im Bereich der Kinder- und Jugendprävention die vorgesehene Absenkung (Saldo -0,59 Mio. EUR)

## Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	-	-	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>-33.316,8</b>	<b>-33.316,8</b>	-	-
• Personalausgaben	-	-	-	-
• Sachausgaben	9.436,0	9.436,0	-	-
davon Globale Minderausgabe	-42.752,8	-42.752,8	-	-

Das Kapitel 03 020 ist im Zuge der Umstellung des Einzelplans 03 auf EPOS.NRW bereits weitgehend aufgelöst. Mit dem Haushalt 2023 verbleiben die Soforthilfen zur Milderung von Notständen durch Elementarereignisse (+ 5 Mio. EUR), die Sächlichen Verwaltungsausgaben (+4,44) sowie die Globale Minderausgabe (-42,75 Mio. EUR).

Die beiden v. g. positiven Ausgabenansätze führen im Saldo mit der Globalen Minderausgabe zu einem Kapitelansatz von -33,3 Mio. EUR.

## Kapitel 03 110 Polizei

### Stellenplan

	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	42.445	882	41.563	-	-	42.085	+360
Stellen	9.842	257	4.121	5.200	264	9.744	+98
<b>Gesamt</b>	<b>52.287</b>	<b>1.139</b>	<b>45.684</b>	<b>5.200</b>	<b>264</b>	<b>51.829</b>	<b>+458</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	9.056	-	9.056	-	-	8.237	
<i>Auszubildende</i>	110	-	-	-	-	110	-

Bei den Planstellen werden 573 kw-Vermerke zum 31.12.2022 planmäßig realisiert. Hierbei handelt es sich um nicht mehr erforderliche Übernahmestellen für ausgebildete Kommissaranwärterinnen und -anwärter. Weitere Reduzierungen des Stellen-Solls resultieren aus einer (Plan)Stellenumsetzung in das Kapitel 03 010. Zudem wird ein Umwandlungsvermerk planmäßig zum 01.01.2023 realisiert und damit 20 Planstellen der Bes.Gr. A 11 in die Bes.Gr. A 13 (LG 2.2) umgewandelt. Des Weiteren werden die kw-Vermerke der 500 Planstellen für die Lebensarbeitszeitverlängerung bis zum 31.12.2024 verlängert.

Im Tarifbereich ist ein befristeter Zugang von insgesamt zwei Stellen aus Kapitel 03 010 durch Umsetzungen von Stellen der Qualifizierungsklasse LQ 24 zu verzeichnen. Außerdem führt die Umsetzung von zwei Stellen aus dem Kapitel 11 010 (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) zu einem Stellenzuwachs.

Daneben sieht der Haushaltsentwurf folgende neue Planstellen und Stellen für die genannten Aufgaben vor:

- 934 Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren, davon 681 Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2022
- 100 Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes gemäß Koalitionsvertrag

## Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>66.584.500</b>	<b>66.584.500</b>	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>4.058.296.000</b>	<b>3.894.267.100</b>	<b>+164.028.900</b>	<b>+4,2</b>
• Personalausgaben	3.014.406.600	2.956.090.300	+58.316.300	+2,0
• Sachausgaben	1.043.889.400	938.176.800	+105.712.600	+11,3

### Einnahmen

Gegenüber dem Vorjahr ist keine Veränderung vorgesehen.

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- und der Fürsorgeleistungen.

### Sachhaushalt

Für die Sachausgaben werden im Haushaltsjahr 2023 insgesamt 1,044 Mrd. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen überschreitet den Vorjahreswert um 111,98 Mio. EUR.

- Investitionen

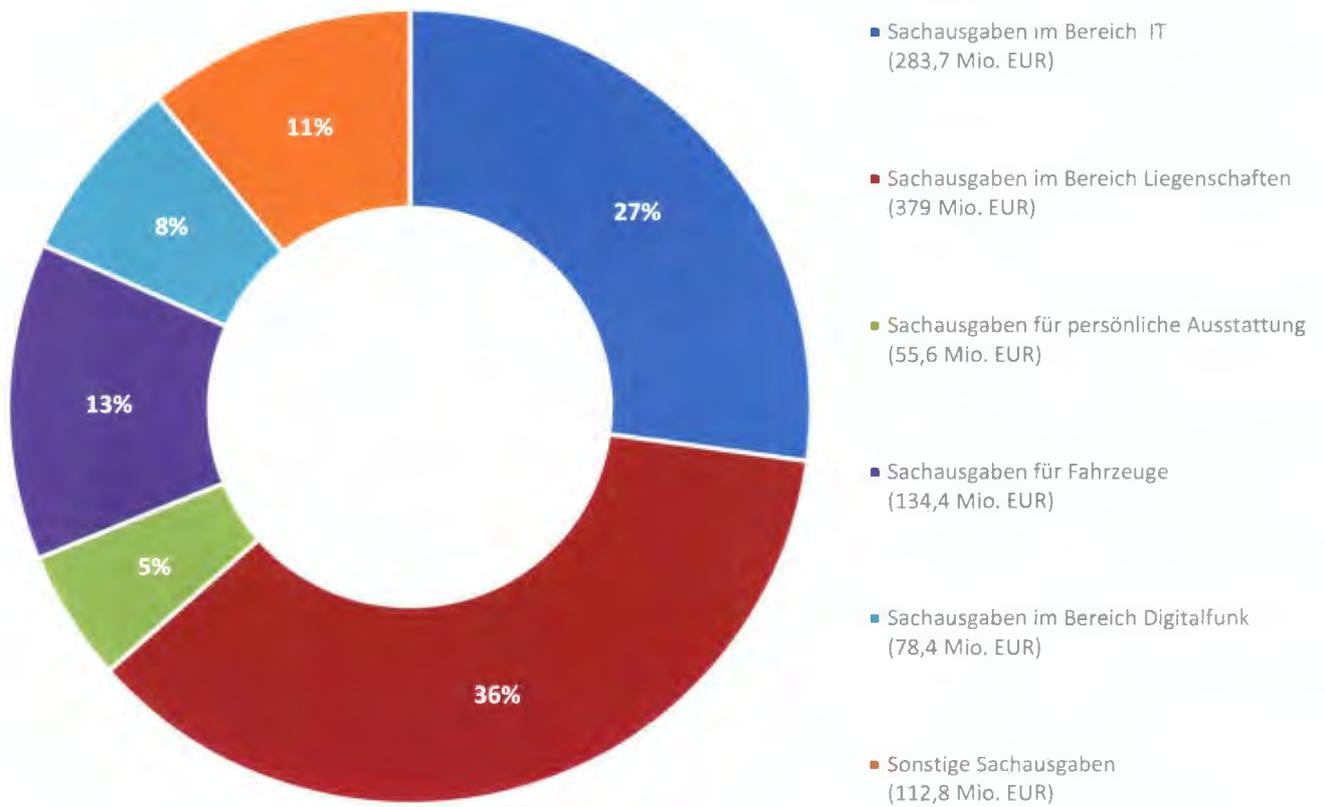
Der Ansatz für den Erwerb von Dienstfahrzeugen (+19,185 Mio. EUR) wird erhöht, da die Beschaffung neuer Funkstreifenwagen erforderlich ist und die Beschaffungskosten im Fuhrpark kontinuierlich ansteigen. Der Ansatz für den Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sinkt durch Wegfall von einmaligen Investitionen (-15,869 Mio. EUR).

- Informations- und Kommunikationstechnik

Für die Informations- und Kommunikationstechnik sind Ansatzerhöhungen von insgesamt etwa 48,4 Mio. EUR geplant. Diese resultieren aus gestiegenen Ansätzen für die Aufrüstung der bereits vorhandenen IMSI-Catcher auf den neuen 5 G-Standard (1,7 Mio. EUR) sowie die Verbesserung der Digitalisierung der Polizeiarbeit, insbesondere im Bereich der Basisinfrastruktur und der Forensik Cloud (46,7 Mio. EUR).

- Dienst- und Schutzkleidung  
Mitarbeiter im Bereich der Polizei haben einen arbeitsschutzrechtlich verankerten Anspruch auf Ausstattung mit Dienst- und Schutzausstattung und Bekleidung. Mit dem Aufwuchs der zivilen Beschäftigten in polizeinaher Verwendung im Zuge des 500er-Programms sowie der Einstellung weiterer Kommissaranwärterinnen und -anwärter ist hier ein Kostenzuwachs zu verzeichnen (+4,35 Mio. EUR).
- Liegenschaften  
Für notwendige Sanierungs- und Neuanmietungsmaßnahmen steht eine neue Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300 Mio. Euro zur Verfügung.  
In diesem Zusammenhang werden auch Mittel für die Bewirtschaftung der Gebäude, die Ausstattung neuer Dienststellen nach Um- bzw. Neubaumaßnahmen und die Beauftragung externer Berater für die rechtssichere Durchführung von Vergabeverfahren bereitgestellt.  
Insgesamt sind im Liegenschaftsbereich für konsumtive Ausgaben im Saldo rund 54,25 Mio. EUR ansatzverstärkend vorgesehen. Hierunter fallen insbesondere der neu eingerichtete Titel zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges (+36,78 Mio. EUR) sowie die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen und die Anpassung der Mietzahlungen an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW).  
Zusätzliche Bedarfe ergeben sich aus notwendigen Sanierungsmaßnahmen baulich abgängiger Gebäude oder aus Neuanmietungen aufgrund des Personalaufwuchses in der Polizei. Viele langfristige Mietverträge sind ausgelaufen bzw. laufen in den nächsten Jahren aus, so dass mit den Vermietern, insbesondere dem BLB NRW, sachgerechte Verlängerungen mit Sanierungsabreden zum Substanzerhalt zu vereinbaren sind.  
Der Ansatz bei Titel 821 00 entfällt, da der Grunderwerb des Grundstücks für den Erweiterungsbedarf des Polizeipräsidiums Köln noch in 2022 erfolgen wird.
- Polizei 2020  
Das Land investiert weiterhin in das Programm „Polizei 2020“. Es zielt auf die Harmonisierung der IT-Lösungen der Polizei des Bundes und der Länder und wird die länderübergreifende Kooperation verbessern. Hierfür sind 13,06 Mio. EUR (+0,31 Mio. EUR) veranschlagt.
- Digitalfunk TG 61  
Die Ansätze steigen um 9,16 Mio. EUR auf insgesamt 75,26 Mio. EUR. Insgesamt bleibt die Planung im Rahmen der genehmigten Haushaltsunterlage.

## Sachausgaben (1,044 Mrd. EUR)



## Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

### Stellenplan

	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	35	19	13	3	-	35	-
Stellen	91	24	11	40	16	87	+4
<b>Gesamt</b>	<b>126</b>	<b>43</b>	<b>24</b>	<b>43</b>	<b>16</b>	<b>122</b>	<b>+4</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Auszubildende</i>	-	-	-	-	-	-	-

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>15.206.500</b>	<b>15.518.900</b>	<b>-312.400</b>	<b>-2,0</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>17.979.200</b>	<b>18.119.500</b>	<b>-140.300</b>	<b>-0,8</b>
• Personalausgaben	11.446.000	11.634.900	-188.900	-1,6
• Sachausgaben	6.533.200	6.484.600	+48.600	+0,8

### Einnahmen

Die Finanzierung der DHPol wird gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Abkommens über die Deutsche Hochschule der Polizei vom Bund und den Ländern gemeinsam getragen.

### Personalhaushalt

Es werden eine neue Planstelle für die Leitung der Koordinierung polizeilicher Sicherheitsforschung und drei Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter des neuen Fachgebiets „Internationale Polizeiliche Beziehungen“ eingerichtet (+0,3 Mio. EUR).

Des Weiteren wird die Tarif- und Besoldungserhöhung in Höhe von 2,8 % berücksichtigt.

## **Sachhaushalt**

Der Schwerpunkt bei den Veränderungen der Sachausgaben liegt zum einen bei zusätzlichen Kosten für Online Ressourcen und E-Books durch steigende digitale Veranstaltungen/Vorlesungen (+0,0633 Mio. EUR), zum anderen bei allgemein steigenden Kosten durch Tarifierhöhungen (+0,039 Mio. EUR) sowie zusätzlichen Reisekosten für das neue Fachgebiet II.6 und für die Koordinierungsstelle (+0,0453 Mio. EUR). Veranschlagt sind außerdem Kosten für die Büroausstattung neuer Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Mittel aufgrund erhöhter Kosten für die zunehmende Nutzung von Informationstechnik. Hinsichtlich der Kosten für die Sanierung des Gebäudes D und für den Anbau an das Gebäude E werden insgesamt zukünftig voraussichtlich 9,1 Mio. EUR benötigt. Aufgrund von Projektverzögerungen werden diese Maßnahmen jedoch nicht durch zusätzliche Mittel für 2023, sondern durch die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023 abgesichert.

Der Haushaltsentwurf sieht außerdem bei den Ausgaben für drittmittelfinanzierte Projekte eine Reduzierung um insgesamt 1.011.900 EUR vor, denen in gleicher Höhe zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen.

## Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

### Stellenplan

	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	5.647	1.325	3.394	924	4	5.636	+11
Stellen	3.702	78	1.857	1.685	82	3.704	-2
<b>Gesamt</b>	<b>9.349</b>	<b>1.403</b>	<b>5.251</b>	<b>2.609</b>	<b>86</b>	<b>9.340</b>	<b>+9</b>
davon							
Stammkapitel	6.096	990	3.103	1.917	86	6.087	+9
Titelgruppen gesamt	3.253	413	2.148	692	-	3.253	-
TG 60 (Entmunitionierung)	92	7	50	35	-	90	+2
TG 63 (Zust. Stelle gem. Pflegeberufegesetz)	50	10	30	10	-	50	-
TG 64 (Ausg. für das eGBR)	34	2	5	27	-	34	-
TG 65 (UfA Büren)	140	7	11	122	-	140	-
TG 70 (Agrarverwaltung)	369	37	213	119	-	371	-2
TG 71 (Umweltverwaltung)	1.157	196	902	59	-	1.157	-
TG 72 (Naturschutzverw.)	67	17	49	1	-	67	-
TG 74 (Arbeitsschutzverw.)	702	65	483	154	-	702	-
TG 75 (Bergverwaltung)	78	25	47	6	-	78	-
TG 76 (vormals Förderstelle integrative Beschulung)	10	-	1	9	-	10	-
TG 77 (vormals Landesstelle Schulsport)	1	-	-	1	-	1	-
TG 80 (Vermessung/Kataster)	337	36	219	82	-	337	-
TG 81 (Kompetenzzentrum Integration)	57	4	18	35	-	57	-
TG 83 (Landessammelstelle für radioaktive Abfälle)	5	-	2	3	-	5	-
TG 84 (Versorgungsverw.)	154	7	118	29	-	154	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	1.976	268	1.492	216	-	1.869	+107
<i>Auszubildende</i>	222	-	-	-	-	255	-33

Im Kapitel der Bezirksregierungen werden mit dem Haushaltsentwurf 2023 insgesamt 2 Stellen abgesetzt sowie 11 Planstellen geschaffen. Die abgesetzten Stellen verteilen sich wie folgt:

- 1 abgesetzte Planstelle mit kw-Vermerk zum 31.12.2022 "Progres NRW"
- 1 abgesetzte Planstelle mit kw-Vermerk zum 31.12.2022 "Qualifizierung von Schwerehinderten Menschen LQ 21 "

Neue Planstellen und Stellen wurden ausgebracht für:

- 7 Neue Planstellen für Aufsicht Katastrophenschutz
- 3 Neue Planstellen für Aufsicht über Werksfeuerwehren
- 1 Umsetzung einer Planstelle aus Kapitel 03010 für Informationssicherheit

Die Anzahl der beabsichtigten Neueinstellungen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst steigt von 734 Einstellungsermächtigungen auf 818. Damit werden 2023 insgesamt 1.976 Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst bei den Bezirksregierungen eingestellt sein.

Aussagen zu den kw-Vermerken bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter Nr. 3.3.

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>70.872.500</b>	<b>68.838.000</b>	<b>+2.034.500</b>	<b>+2,9</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>801.538.200</b>	<b>750.278.900</b>	<b>+51.259.300</b>	<b>+6,8</b>
• Personalausgaben	579.984.300	547.949.100	+32.035.200	+5,8
• Sachausgaben	221.553.900	202.329.800	+19.224.100	+9,5

### Einnahmen

Die Einnahmen erhöhen sich um ca. 2,03 Mio. EUR. Diese Einnahmesteigerung resultiert hauptsächlich aus der Anpassung des Titels 119 14 (+1 Mio. EUR, Erstattung der Verwaltungskosten der Zentralen Stelle gem. § 26 Abs. 6 S. 1 Pflegeberufegesetz) sowie des Titels 119 61 (+ 1 Mio. EUR, Erbschaften des Fiskus) an das tatsächliche Ist-Aufkommen.

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

## Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um knapp 19,2 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Einrichtung des Titels 517 11 (zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 im Kapitel) mit einem Ansatz i. H. v. 6,3 Mio. EUR. Dieser Titel dient zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges
- Vorübergehende Mehrausgaben bei Titel 535 80 im Bereich des Vermessungs- und Katasterwesens um 5,8 Mio. EUR aufgrund der notwendigen Umstellung auf die neue Generation von ALKIS (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem) bei Geobasis NRW und den Katasterbehörden
- Anhebung des Titels 547 71 (Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben) aufgrund von erhöhten Ausgaben im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen um 2,06 Mio. EUR
- Anhebung der Miettitel 518 01 und 518 04 um ca. 2 Mio. EUR aufgrund gestiegener Mietkosten
- Neueinrichtung des Titels 632 75 „Erstattungen an andere Länder“ mit einem Ansatz i. H. v. ca. 1,1 Mio. EUR aufgrund der Fertigstellung des EfA-Projektes Bergbau und der damit verbundenen Entrichtung des NRW-Anteils gem. Königsteiner Schlüssel sowie Erhöhung des Titels 546 75 (Vermischte Ausgaben) um 650.000 EUR zur Umsetzung dieser IT-Lösung
- Eine Zunahme von zwingend notwendigen Erhaltungsmaßnahmen, beispielsweise zur Sicherung von Grundstücken und Gebäuden vor Weiterveräußerung, führt zu höheren Ausgaben im Bereich der Fiskalerbschaften (+1 Mio. EUR).

**Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW**

**Titelgruppe 60 Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen**

**Stellenplan**

Titelgruppe 60	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	12	2	10	-	-	12	0
Stellen	24	-	7	10	7	24	0
<b>Gesamt</b>	<b>36</b>	<b>2</b>	<b>17</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>36</b>	<b>0</b>

**Einnahmen und Ausgaben**

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>149.100</b>	<b>149.100</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>4.921.600</b>	<b>4.898.400</b>	<b>+23.200</b>	<b>+0,5</b>
• Personalausgaben	2.248.400	2.239.200	+9.200	+0,4
• Sachausgaben	2.673.200	2.659.200	+14.000	+0,5

Die Ansätze für Fürsorge- und Beihilfeleistungen steigen. Weiterhin wird aufgrund der Änderung der Verordnung über die Höhe der Aufwandsdeckung für Personalvertretungen ein Betrag in Höhe von 300 EUR von 511 60 (Geschäftsbedarf) nach 529 60 (Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des IM; hier: Ausgaben für Personalvertretung) verlagert. Zudem führt die Mietindexsteigerung zu einer weiteren Erhöhung bei Titel 518 60 (Mieten und Pachten etc.). Der Titel 811 60 wird um 3.900 EUR abgesenkt, da in 2023 keine Ersatzbeschaffung eines Dienst-KFZ vorgesehen ist.

## Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

### Titelgruppe 61 Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW

#### Stellenplan

Titelgruppe 61	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	15	6	8	1	-	15	0
Stellen	26	1	21	4	-	26	0
<b>Gesamt</b>	<b>41</b>	<b>7</b>	<b>29</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>41</b>	<b>0</b>

Auch im Haushaltsjahr 2023 wird eine Einstellungsermächtigung für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter ausgebracht. Weiterhin wird jeweils eine Einstellungsermächtigung für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für Regierungssekretär-anwärterinnen und -anwärter sowie Regierungsinspektor-anwärterinnen und -anwärter ausgebracht.

#### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>1.137.000</b>	<b>1.137.000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>15.500.800</b>	<b>15.254.100</b>	<b>+246.700</b>	<b>+1,6</b>
• Personalausgaben	2.802.100	2.788.400	+13.700	+0,5
• Sachausgaben	12.698.700	12.465.700	+233.000	+1,9

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich u.a. aus der zusätzlichen Einstellungsermächtigung. Die Ansätze für Fürsorge- und Beihilfeleistungen werden abgesenkt.

Weiterhin wird aufgrund der Änderung der Verordnung über die Höhe der Aufwandsdeckung für Personalvertretungen ein Betrag in Höhe von 300 EUR von 511 61 (Geschäftsbedarf) nach 529 61 (Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des IM; hier: Ausgaben für Personalvertretung) verlagert. Es erhöhen sich zudem die Miet- und Nebenkosten (Titel 517 61: +16.000 EUR, Titel 518 61: + 170.900 EUR). Der Titel für Aus- und Fortbildung (Titel 525 61) steigt um 100.000 EUR. Die im Jahr 2022 begonnenen Sanierungsarbeiten am Gebäude der Fortbil-

dungsakademie werden aufgrund des Abschlusses einer Maßnahme in 2023 mit einem geringeren Mitteleinsatz fortgesetzt (Titel 711 61: - 50.000 EUR). Der Titel 811 61 wird ebenfalls um 3.900 EUR abgesenkt, da in 2023 keine Ersatzbeschaffung eines Dienst-KFZ vorgesehen ist.

Für beide Titelgruppen wurde im Stammkapitel ein neuer Titel (517 11) zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges mit einem Ansatz in Höhe von 1.785.000 EUR eingerichtet.

## Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

### Stellenplan

	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	480	389	83	8	-	480	0
Stellen	190	6	57	127	-	188	+2
<b>Gesamt</b>	<b>670</b>	<b>395</b>	<b>140</b>	<b>135</b>	<b>0</b>	<b>668</b>	<b>+2</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	0	0	0	0	0	0	-

Es wurden zwei Stellen für IT-Kräfte einer Landesqualifizierungsklasse aus Kapitel 14 010 (Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie) zur Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW) verlagert. Im Haushaltsjahr 2023 wird im Kapitel 03 350 erneut eine Einstellungsermächtigung für Verwaltungsinformatikanwärterinnen oder -anwärter (B.A.) ausgebracht.

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>6.000</b>	<b>6.000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>89.998.000</b>	<b>85.768.800</b>	<b>+4.229.200</b>	<b>+4,9</b>
• Personalausgaben	53.409.300	52.415.200	+994.100	+1,9
• Sachausgaben	36.588.700	33.353.600	+3.235.100	+9,7

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich u.a. aus der zusätzlichen Einstellungsermächtigung. Zudem steigen die Ansätze für Fürsorgeleistungen. Die Ansätze für Beihilfeleistungen werden hingegen abgesenkt.

Im Ausgabebereich erhöhen sich die Mietkosten um 2.470.100 EUR (Titel 518 01: +2.417.100 EUR, Titel 518 04: + 53.000 EUR). Auch für die HSPV NRW wurde ein neuer Titel (517 11) zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges mit einem Ansatz in Höhe von 2.057.800 EUR eingerichtet. Der Titel 526 01 (Kosten für Sachverständige) wird wieder auf das Niveau vor dem Jahr 2022 abgesenkt (um 341.300 EUR). Steigende Kosten bei den Ausgaben für Datenverarbeitung führen zu einer Erhöhung des Titels 538 00 um 405.300 EUR. Aufgrund der Absetzung einer einmaligen Entschädigungszahlung im Jahr 2022 wird

der Titel 546 01 (Vermischte Ausgaben) um 199.000 EUR abgesenkt. Der Titel 547 00 (Leistungen IT.NRW) wird um 702.100 EUR auf den Stand der aktuellen vertraglichen Verpflichtungen mit IT.NRW angehoben. Die Absetzung einer Einmalinvestition bei Titel 812 00 (Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen) führt zu einer Absenkung des Ansatzes um 1.875.200 EUR.

## Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>380.000</b>	<b>380.000</b>	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>64.519.000</b>	<b>64.903.900</b>	<b>-384.900</b>	<b>-0,59</b>
• Personalausgaben	141.000	141.000	-	-
• Sachausgaben	64.378.000	64.762.900	-384.900	-0,59

### Einnahmen und Personalhaushalt

Hinsichtlich der Einnahmen und der Personalausgaben ergeben sich keine Änderungen.

### Sachhaushalt

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (Titel 883 10) errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer i. H. v. rund 110 Mio. EUR abzüglich der übrigen aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie den Zuschüssen an das IdF (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt unter Einbeziehung der Einnahmen des Kapitels 03 710 rund 12,8 Mio. EUR. Dies sind rund 5,3 Mio. EUR mehr als der Vorjahresansatz. Die Erhöhung des Ansatzes ist einerseits auf das erhöhte Aufkommen der Feuerschutzsteuer i. H. v. 3,0 Mio. EUR und auf die Verlagerung der Mittel für die Dotationen i. H. v. 4,2 Mio. EUR in die Titelgruppe 84 des Kapitels 03 010 zurück zu führen. Für den Haushaltsvollzug 2023 sind Zuschüsse an die Gemeinden und Gemeindeverbände i. H. v. rund 41 Mio. EUR geplant. Der Differenzbetrag wird aus vorhandenen Ausgaberesten getragen.

Weitere wesentliche Veränderungen bei den Sachausgaben ergeben sich aus der zeitlichen Anpassung der Haushaltsansätze an aktuelle Beschaffungsplanungen im Bereich der Fahrzeuge (-12,9 Mio. EUR Titel 811 10) und im Bereich der Geräte (+7,5 Mio. EUR Titel 812 10). Ebenso wurden die Aufwendungen für Mieten/Pachten, für die Aufklärung im Feuer- und Katastrophenschutz sowie für Veranstaltungen angepasst (insgesamt +4,0 Mio. EUR).

## Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW

### Stellenplan

	2023	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2022	+/-
Planstellen	139	41	85	13	0	133	+6
Stellen	51	3	16	22	10	49	+2
<b>Gesamt</b>	<b>190</b>	<b>44</b>	<b>101</b>	<b>35</b>	<b>10</b>	<b>182</b>	<b>+8</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	33	16	17	-	-	33	-
<i>Auszubildende</i>	13	-	-	-	-	13	-

Insgesamt werden sechs neue Planstellen und zwei Stellen für das IdF eingerichtet. Zwei Planstellen sind für den Betrieb des Standortes Düren zur Kapazitätserweiterung vorgesehen. Die weiteren vier Planstellen sind für die Extremismus-Prävention, eine Dozentin/einen Dozenten im Bereich Medienzentrum, die Konzeptionierung der Krisenstabsausbildung und die Leitung der Vergabestelle des IdF vorgesehen.

Die zwei zusätzlichen Stellen sind für einen Medientechniker (LG 2.1) und einen Fahrzeugpfleger (LG 1.1) eingerichtet.

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>1.994.000</b>	<b>2.014.000</b>	<b>-20.000</b>	<b>-0,99</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>47.855.000</b>	<b>44.490.100</b>	<b>+3.364.900</b>	<b>+7,56</b>
• Personalausgaben	12.324.300	11.494.700	+829.600	+7,21
• Sachausgaben	35.530.700	32.995.400	+2.535.300	+7,68

### Einnahmen

Die Einnahmen sinken durch eine Anpassung der Mieteinnahmen und der Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst (insgesamt -0,02 Mio. EUR).

## **Personalhaushalt**

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

## **Sachhaushalt**

Beim Sachhaushalt erhöht sich der Ausgabeansatz aufgrund der Anpassung von Betriebs-, Verwaltungs- und Bewirtschaftungskosten an die allgemeine Preissteigerung. Ebenso verändern die Anpassungen der Ausgaben im investiven Bereich an Preissteigerungen sowie die aktuellen Beschaffungs- und Umsetzungsplanungen den Ansatz.

Die Ansatzerhöhungen bei den konsumtiven Sachausgaben (Hauptgruppe 5) ergeben sich aus dem kalkulierten Mehraufwand für die Haltung von Dienst-Kfz (+0,07 Mio. EUR), Verpflegung- und Verbrauchsmaterialien (+0,09 Mio. EUR), Gebäudebewirtschaftung (+1,4 Mio. EUR) und Mieten (+1,14 Mio. EUR) aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen. Bedarfsanpassungen ergeben sich außerdem bei den Sachverständigen, bei der Entwicklung der Raumbedarfsplanung, externen Lehrgängen und Aufwendungen von IT.NRW (Saldo -0,1 Mio. EUR).

Im Saldo führen die Veränderungen im investiven Bereich zu einer Ausgabensenkung von -1,2 Mio. EUR. Dieses ergibt sich insbesondere aus der Absenkung bei der Beschaffung von Dienst-Kfz (-3,87 Mio. EUR) und den Sanierungsausgaben (-0,7 Mio. EUR). Dem gegenüber stehen Mehrausgaben in den Bereichen „Umsetzung Masterplan IdF“ (+1,8 Mio. EUR) und „Dezentrales Trainingsgelände“ (+1,55 Mio. EUR).

Der Masterplan beinhaltet die Sanierung des Gebäudes A 4 (Standort Münster), den Neubau eines Unterkunftsgebäudes (Standort Münster) und den Neubau der Fahrzeughalle West (Standort Telgte).

Zur besseren Zuordnung von Ausgaben werden im Kapitel 750 die beiden Titelgruppen 60 „Forschung“ (Forschungsprojekte am IdF NRW, die im Regelfall durch Zuwendungen oder Kostenerstattungen finanziert werden) und 70 „VAP 2.2 Koordination“ (Koordination der bundesweiten Ausbildung zur Laufbahngruppe 2.2.) eingerichtet.

## Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>11.650.400</b>	<b>12.667.400</b>	<b>-1.017.000</b>	<b>-8,0</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>28.751.900</b>	<b>31.771.900</b>	<b>-3.020.000</b>	<b>-9,5</b>

Die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz sowie weitere Zuweisungen und Zuschüsse werden an die voraussichtliche Ist-Entwicklung angepasst.

## Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>3.438.000</b>	<b>3.241.700</b>	<b>+196.300</b>	<b>+6,1</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>232.309.000</b>	<b>225.693.300</b>	<b>+6.615.700</b>	<b>+2,9</b>
• Personalausgaben	225.448.500	220.315.400	+5.133.100	+2,3
• Sachausgaben	6.860.500	5.377.900	+1.482.600	+27,6

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung.

Die durch die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des IdF entstehenden Ausgaben (Kapitel 03 750) sind in den Deckungskreis der zweckgebundenen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer einbezogen. Gleiches gilt für die in den Kapiteln 03 010 und 03 310 für Aufgaben der Gefahrenabwehr etatisierten Planstellen.

### Sachhaushalt

Im Sachhaushalt wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

## Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizei- behörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

### Einnahmen und Ausgaben

	2023	2022	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>2.569.500</b>	<b>2.549.200</b>	<b>+20.300</b>	<b>+0,8</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>1.500.989.100</b>	<b>1.433.485.000</b>	<b>+67.504.100</b>	<b>+4,7</b>
• Personalausgaben	1.490.989.400	1.423.319.800	+67.669.600	+4,8
• Sachausgaben	9.999.700	10.165.200	-165.500	-1,6

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung ermittelt.

### Sachhaushalt

Bei den Sachausgaben sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.



Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355

[poststelle@im.nrw.de](mailto:poststelle@im.nrw.de)  
[www.im.nrw](http://www.im.nrw)

